

Interessengemeinschaft Vorsicht Hochspannung

Positionspapier zum Besuch beim Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulf am 23. Januar 2007

Sehr geehrter Herr Wulf, sehr geehrte Damen und Herren,
wir danken Ihnen für die Einladung zu diesem Gespräch.

Ich denke dieses brisante Thema gehört genau in dieses Forum!
Das ist, wie sagt man so schön... Chefsache!
Und wir werden gleich noch sehen, dass dieses Thema für alle Beteiligten brisant ist.

Um eines möchte bitten, eine Stunde ist sehr knapp bemessen. Lassen Sie mich zunächst meinen Vortrag beenden. Anschließend möchten noch Herr Cordes, Hauptverwaltungsbeamter der SG Harpstedt und Herr Timmermann vom NSGB ihre Positionen vortragen. Wenn wir zu früh in Diskussionen einsteigen läuft uns die Zeit weg und ich denke schon, dass es heute vorrangig darum geht, dass wir unsere Bedenken vortragen können.

Warum gibt es bei der geplanten Freileitung von Ganderkesee nach St.Hülfe überhaupt diese Aufregung, wo es doch tausende Kilometer an Freileitungen in der Bundesrepublik gibt?

Einfache Antwort: **Man hat es sich hier zu leicht gemacht.** Da werden auf der Deutschlandkarte zwei Punkte miteinander verbunden und die kürzeste Verbindung ist immer noch eine Gerade. Anschließend hat man versucht ein paar Haken zu schlagen, um die größten Beeinträchtigungen zu vermeiden. Trotzdem verläuft der geplante Korridor nicht entlang vorhandener Einschnitte, sondern mitten durch faktische Vogelschutzgebiete und in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern. In diesem Raum ist einfach kein Platz für eine Freileitung!

Allein die Abstandsempfehlung von 160 Metern zwischen Freileitung und Wohnbebauung, die z.B. in NRW festgeschrieben ist, würde die geplante Freileitung unmöglich machen.

Tatsächlich muss diese Leitung übrigens bis Wehrendorf führen ist fast 100 Km lang. In St.Hülfe gibt es gar keinen 380 KV-Anschluss. Auch das wird gerne übersehen.

Die Interessengemeinschaft Vorsicht Hochspannung ist innerhalb kurzer Zeit auf über 3,5 T Mitglieder angewachsen. Wir haben Kontakte zu anderen Bürgerinitiativen und sind aufgrund unserer umfangreichen Präsenz mittlerweile bei Presse, Radio und Fernsehen gefragt.

Die Interessengemeinschaft steht hier in einer Front mit zahlreichen Naturschutzverbänden, allen Samtgemeinden der betroffenen Regionen und dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund.

Die große **Betroffenheit** der Bürger und das absolute Unverständnis über diese geplante Freileitung zeigen unter anderem die Unterschriftenlisten der Grundstückseigentümer. Nahezu alle Grundstückseigentümer des 60 Km langen und 600 mtr breiten Korridors haben sich schriftlich gegen diese Planung ausgesprochen. Die einzelnen Willenserklärungen dazu werden wir Ihnen gerne im Anschluss überreichen.

Die Anwohner fühlen sich bedroht, sie fühlen sich von der Landesregierung im Stich gelassen und sie wissen, dass es erschwingliche Alternativen gibt.

Die **Ängste** reichen von Wertverlusten ihrer Immobilien, über die Zerstörung der Umwelt, bis hin zur Sorge um die Gesundheit der Familien. **Die regelmäßigen Mastbrüche** mit ersten Toten sprechen da eine deutliche Sprache. Mal ist es der Schnee, mal Eis, mal Sturm, wir

haben in jedem Jahr zahlreiche Mastbrüche und Seilabrisse. Da kann man nicht mehr von Jahrhundertereignissen reden.

Die Beteiligung im **Raumordnungsverfahren** ist ebenfalls ein Spiegelbild der großen Brisanz dieser Freileitung. Im Verlaufe des Raumordnungsverfahrens hatten wir zunächst den Eindruck, dass unsere Sorgen und Ängste, unsere fachlich und sachlich vorgebrachten Einwände im Verfahren entsprechend berücksichtigt werden.

Das Gutachten von Prof. Oswald hat die Erdverkabelung von dem Totschlagargument 12 mal so teuer wie die Freileitung befreit. Er spricht im günstigsten Fall vom Faktor 2,2.

Das bedeutet, selbst wenn die **850 km Höchstspannungsleitungen** komplett als Erdverkabelung ausgeführt werden, hätte ein 4-Personen-Haushalt **1 Euro** Mehrkosten im Jahr.

Demgegenüber stehen die exorbitanten **Gewinne der Netzbetreiber**. Es wird erwartet dass die Bundesnetzagentur die Netzgebühren um 70 € pro 4-Personen-Haushalt senken wird.

Der **Standortnachteil** für die deutsche Industrie, in Form von hohen Stromkosten, entsteht nicht durch die berechtigten Forderungen der Bürger, sondern durch die unverhältnismäßigen Gewinne der Netzbetreiber. **Woher hat E.ON denn die Milliarden um Endesa zu kaufen?** Da werden 29 Mrd € Kaufsumme geboten + Schulden der Endesa reden wir über 52 Mrd € und nachdem ein weiterer Bieter auftaucht, werden mal eben so 8 Mrd € drauf gepackt. Aber die zusätzl. 120 Mio € für eine vernünftige Stromleitung sind zu teuer. Sorry, das können Sie auf der Strasse niemandem mehr erklären.

Nachdem sich die **Erdverkabelung als bezahlbar** herausgestellt hat, hätte im Raumordnungsverfahren eine Abwägung der Mehrkosten für das Erdkabel gegenüber den zahlreichen Beeinträchtigungen, Nachteilen und Gefährdungen für Natur und Anwohner erfolgen müssen. Diese Abwägung jedoch fehlt im Landesplanerischen Feststellungsbescheid.

In diesem Bescheid ist zu lesen, **dass durch Freileitungen keine relevanten Beeinträchtigungen für die Landwirtschaft entstehen**. Die Berufsgenossenschaft warnt hingegen die Landwirte vor einer tödlichen Gefahr unter Freileitungen.

Elektromagnetische Strahlung von über 0,3 μ Tesla wird als Ursache für eine Vielzahl von Leukämieerkrankungen bei Kindern verantwortlich gemacht. Sicher, der letzte unumstößliche Beweis fehlt hier noch. Doch wie viele Kinder müssen erst noch sterben, bis die Statistik stimmt. Die biochemischen Zusammenhänge von Contergan und Fehlbildungen bei Kindern sind bis heute nicht geklärt. Auch hier wurde einer Gefährdung zu spät begegnet.

Das Raumordnungsverfahren ergibt eine Belastung von bis zu 10 μ Tesla. Dabei wurden übrigens die Gefährdungen durch bereits bestehende Strahlung nicht mit einbezogen. Genau das fordert jedoch die Strahlenschutzkommission.

Das Erdkabel wird lapidar als zu teuer abgetan und die über 1.000 Einwände wurden vom Tisch gewischt. So geht das sicher nicht. Es wurde immer von Bürgerbeteiligung gesprochen, es drängt sich aber der Eindruck auf, dass es im Raumordnungsverfahren um eine **Bürgerbeschwichtigung** ging.

Wir bereiten zur Zeit die **bundesweit erste Klage** gegen einen Landesplanerischen Feststellungsbescheid vor. Hier kommt ein Stein ins Rollen, der sicher erhebliche Aufmerksamkeit bei den Medien weckt.

Bisher wurde immer sachlich diskutiert. Der Landesplanerische Feststellungsbescheid ist jedoch ein Schlag ins Gesicht. Die Stimmung vor Ort droht jetzt zu kippen. Wenn sachliche

Argumente kein Gehör finden und eine Freileitung auf Teufel komm raus durchgebügelt werden soll, dann darf man sich hier wirklich nicht mehr wundern.

Wie Sie sehen stecken in dieser Thematik enorme politische Risiken, ebenso aber auch Chancen!

Herr Wulff, Sie haben die Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen verkündet!

Sie haben gesagt: „**Niedersachsen gestaltet Zukunft: Kinder und Familien haben in unserem Land gute Zukunftsperspektiven.**“ Da nehmen wir Sie beim Wort

Weiter steht in Ihrer Kabinettsmitteilung: „**Nachhaltigkeit umfasst die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Einklang mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Darum kümmern wir uns in Niedersachsen. Hier kann man gut leben, arbeiten und investieren. Die Menschen sind bei uns gut aufgehoben.**“

Last but not least sagten Sie: „**Über geltende gesetzliche Anforderungen hinaus sollen Vorsorge für die Einhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen getroffen und künftige Belastungen vermieden werden.**“

Das steht so im Einklang mit der Auslegung des Art 20a GG.

In einem Bericht für das Bayerische Staatsministerium (und wir wollen ja besser sein, als die Bayern) steht: „**Das durch Art. 20a GG** nunmehr auch verfassungsrechtlich verankerte Vorsorgeprinzip besagt, dass der Staat schon dann zum Handeln aufgerufen ist, wenn Schadensmöglichkeiten gegeben sind, die sich nur deshalb nicht ausschließen lassen, weil nach dem derzeitigen Wissensstand bestimmte Ursachenzusammenhänge weder bejaht noch verneint werden können und daher insoweit noch keine Gefahr, sondern nur ein Gefahrenverdacht oder ein Besorgnispotential besteht.“

Darum möchten wir Sie bitten: **Handeln Sie!**

Warum wollen die Netzbetreiber das Erdkabel nicht? Weil für E.ON & Co. die Rechnung anders aussieht, als von Prof. Oswald aufgestellt. Die Stromverluste dürfen die Netzbetreiber weiterberechnen, die zusätzlichen Kosten für ein Erdkabel nicht. Die bestehenden Gesetze geben hier die falschen Anreize! Übrigens auch aus Klimaschutzgründen! Der unnötige Stromverlust dieser geplanten Freileitung ist verantwortlich für die Emission von 100.000 to CO² pro Jahr. Die ständigen Reparaturen, vor allem nach Mastbrüchen, zahlen natürlich auch die Stromkunden. Das steht in keinem Gutachten.

Müssten die Energieversorger für die, durch Mastbrüche verursachten Schäden, aufkommen, sähe die Rechnung übrigens noch erheblich günstiger für das Erdkabel aus! Warum eigentlich haben die armen Stromkonzerne hier einen Freibrief?

Auch wenn das Raumordnungsverfahren zu einem anderen Schluss gelangt ist, Erdkabel erhöhen die **Versorgungssicherheit**. Eine aktuelle Studie eines Schweizer Rückversicherers kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Sturmschäden hier in Deutschland verdoppeln werden. Ein ähnliche Aussage findet sich in dem Weltklimabericht der Vereinten Nationen, der im Februar veröffentlicht wird. Die zahlreichen Mastbrüche werden die Stromkunden noch teuer zu stehen kommen **und....** den ein oder anderen Bürger das Leben kosten.

Sie haben schließlich Einfluss in Berlin. Lassen Sie nicht zu, dass die Zuständigkeiten zwischen Hannover und Berlin hin und her geschoben werden. Setzen Sie sich für sinnvollere Gesetze ein.

Nehmen Sie den Vorsorgegedanken ernst! Die Menschen in Niedersachsen vertrauen Ihnen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Leitung als **Pilotprojekt** unterirdisch verlegt wird! Das hat öffentliche Wirkung! Niedersachsen kann hier Vorreiter für eine zukunftsweisende Technik sein. Bei der Offshore-Windenergie sind innovative Kabellösungen gefragt.

Rollen Sie das Raumordnungsverfahren neu auf! Im Landesplanerischen Feststellungsbescheid liest man immer wieder „...**diese Beeinträchtigungen sind jedoch nicht zu vermeiden.**“ Doch! Sie sind zu vermeiden. Lassen Sie die fehlenden Abwägungen nachholen. Wenn man sich hier ein umfassendes Bild macht, ist das Erdkabel die sinnvollere Alternative.

Was ist mit dem Landesraumordnungsprogramm? Warum wird dort keine Erdverkabelung gefordert und dann auch konsequent durchgesetzt?

Warum sperrt sich gerade Niedersachsen gegen das Festschreiben einer Erdverkabelung im Energiewirtschaftsgesetz?

Eines noch! Die EWE plant, gemeinsam mit Windparkbetreibergesellschaften, ein 70 Km langes Erdkabel in den Landkreisen Aurich und Leer. Auch hier sprechen wir über eine 380 KV- Leitung. Geht doch!

Dieses Erdkabel wird übrigens 15.000 MW transportieren. Die Freileitung Ganderkesee-St.Hülfe ist für 3.800 MW Leistung ausgelegt. 3.800 MW jedoch ließen sich spielend mit einem entsprechenden Temperaturmonitoring über bestehende Leitungen ableiten. Temperaturmonitoring bringt bis zu 100% zusätzliche Durchleitungskapazität.

Der Neubau von Stromleitungen darf doch nun wirklich nur der letzte Schritt sein, nachdem alle Alternativen wie Temperaturmonitoring, Aufrüstung bestehender Trassen, etc. geprüft worden sind. Das war hier eindeutig nicht der Fall.

Was die EWE kann, sollte doch E.ON auch gelingen. Warum wird E.ON hier nicht in die Pflicht genommen? Argumente dafür gibt es genug und wirtschaftlich vertretbar ist es auch. Es liegt einzig daran, ob die Landesregierung und ihr Chef, der gerne ja auch Landesvater genannt wird, ihren Bürgern diesen Dienst erweisen wollen.

<p style="text-align: center;">Vertreten Sie uns Bürger, vertreten sie nicht E.ON. Die Energieversorger haben keine Hilfe nötig, wir schon.</p>
--

Was wollen Sie hier für uns tun? Was können wir den betroffenen Anwohnern mitbringen?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bevor wir jetzt zu sehr in Detaildiskussionen einsteigen sollten wir noch die Vorträge von Herrn Cordes und Herrn Timmermann hören.